

Diskriminierung endgültig stoppen

«Grundsätzlich ist die Menschenrechtssituation in Liechtenstein sehr gut», sagte Ausussenministerin Aurelia Frick bei der Vorstellung des Menschenrechtsberichts. Dennoch zeigten zum Beispiel Lohnunterschiede eine Ungleichbehandlung auf.

Von Stefan Batliner

Vaduz. – Anlässlich des Internationalen Tags der Menschenrechte veröffentlichte die Regierung gestern zum zweiten Mal einen Bericht über die Menschenrechtssituation in Liechtenstein. In elf Rubriken – wie Bevölkerung, Bildung oder Religion – unterteilt, soll der Bericht aufzeigen, in welchen Bereichen Handlungsbedarf besteht. Zu insgesamt 88 menschenrechtsrelevanten Themen stellte Wilfried Marxer, Direktor und Forschungsleiter am Liechtenstein Institut, Zahlen und Fakten zusammen. In einer Erklärung werden die Statistiken jeweils erläutert und gegebenenfalls mit Daten aus anderen Staaten verglichen. Zu Themen, welche schon früher statistisch erfasst wurden, werden die Entwicklungen und Tendenzen beschrieben.

Frauen sind gefährdet

Aussenministerin Aurelia Frick präsentierte einen Abriss der globalen Menschenrechtssituation. «Freiheit ist ein Menschenrecht – umgekehrt sind Menschenrechte die Grundlage für eine freiheitliche, demokratische und friedliche Entwicklung einer Gesellschaft. Dort, wo Menschenrechte systematisch verletzt werden, sind schlimmere Verbrechen oft nicht

weit», sagte Frick. Die liechtensteinische Aussenpolitik setze sich seit Jahren weltweit für den Schutz der Menschenrechte und für die Rechte der Frauen ein. Denn in Konfliktsituationen seien Frauen besonders verletzlich: «Sie werden oftmals Opfer sexueller Gewalt, tragischerweise nicht nur in Einzelfällen, sondern systematisch – eine demütigende Form der Kriegsführung.» Da ihr der Einsatz gegen sexuelle Gewalt persönlich am Herzen liege, beteilige sie sich an der UNO-Kampagne «stop rape now».

Für Frick beginnt der Schutz der Menschenrechte jedoch nicht erst, wenn Leib und Leben auf dem Spiel stehen. Er zeige sich vor allem darin, dass man das Recht aller Menschen auf ein würdevolles Leben – ungeachtet ihrer Herkunft, ihres Geschlechts oder ihrer sexuellen Orientierung – anerkennt. «Ich bin stolz, dass die liechtensteinische Bevölkerung mit der Annahme des Partnerschaftsgesetzes vor einigen Monaten diese Anerkennung des anderen eindrücklich demonstriert hat», so Frick. Der vorgestellte Bericht zeige auf, ob die Menschenrechte aller in Liechtenstein wohnhaften Personen gesichert sind und liefere Grundlagen für zukünftige Massnahmen, um den Menschenrechtsschutz auszuweiten.

Es sind Fortschritte festzustellen

Wilfried Marxer führte aus, dass Liechtenstein einen Menschenrechtsbericht benötigt, weil internationale Monitoringgruppen, welche das Land regelmässig überprüfen, in der Vergangenheit kritisiert hätten, dass kein ausreichendes Datenmaterial zur Verfügung stehe. Daher wurde im vergangenen Jahr der erste Bericht veröf-



Stellten die Menschenrechtssituation in Liechtenstein vor: Ausussenministerin Aurelia Frick und Wilfried Marxer, Direktor und Forschungsleiter am Liechtenstein Institut und Autor des Berichts.

Bild Daniel Schwendener

entlich, dem jedes Jahr eine aktualisierte Fassung folgt. Exemplarisch erwähnte Marxer Themenbereiche, die auf einen Fortschritt hinweisen. In der Rubrik Bildung wird deutlich, dass sich die Zahl der in KiTas betreuten Kinder von 1995 bis 2010 mehr als verdreifacht hat. Aus dieser Entwicklung folgerte Marxer, dass es speziell für Frauen einfacher geworden sei, den erlernten Beruf nach der Geburt der Kinder beizubehalten. Aus den Zahlen zur Konfessionszugehörigkeit schloss er, dass die Gesellschaft plura-

listischer wurde. Damit rücke die Frage nach Gebetsräumen für alle Konfessionen und die Möglichkeit der Bestattung ins Zentrum. «In diesem Bereich ist eine Bewegung zugunsten der nichtkatholischen Konfessionen im Gang», so Marxer.

Neben diesen positiven Entwicklungen kamen aber auch Beispiele zur Sprache, die Hinweise auf Stagnation und Rückschritte liefern. Noch heute seien Lohnunterschiede auf das Geschlecht und die Nationalität zurückzuführen. «Wenn man die Zahlen mit

schweizerischen und österreichischen Daten vergleicht, wird deutlich, dass ein gewisses Potenzial von Diskriminierung in diesen Lohnunterschieden mit drinsteckt», sagte er. Die Zahlen für das Thema Frauen und Politik zeigen deutlich auf, dass «die Männer in der Politik überrepräsentiert sind». Denn es gebe keine Vortsteherin und in den Gemeinderäten und im Landtag betrage der Frauenanteil zwischen 19 und 25 Prozent. Dagegen sei der Frauenanteil in der Regierung mit 40 Prozent «fast schon vorbildlich».